

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Auszüge und die Anzeigen der Postämter entgegen. — Erscheint wochentlich. Druck- und Anschlag Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Regelnummer: Die Anzeigenpreise sind in der Preisliste für Anzeigen des Auer und Erzgebirger zu entnehmen, unter wöchentlichen Anzeigen in Goldschmiede, Regelmäßigkeiten in Goldschmiede, sonstige Anzeigen in Goldschmiede.

Telegramm: Kogelblat Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 100

Nr. 101

Freitag, den 1. Mai 1925

20. Jahrgang

Der preußische Landtag vor der Auflösung?

In der Plenarsitzung des Preussischen Landtages wurden zunächst eine Anzahl mündlicher Berichte des Geschäftsausschusses debattiert, die die Einstellung von Strafverfahren zum Gegenstand hatten. Dann trat das Haus in die politische Aussprache über die vom Ministerpräsidenten Braun abgegebene Regierungserklärung ein.

Für die sozialdemokratische Partei gab der Abgeordnete Veld eine kurze Erklärung ab. In dieser wird dem Kabinett Braun-Severing das Vertrauen ausgesprochen und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Regierung aktiv tätig bleibe. Falls dies nicht gelinge, so fürchte die Sozialdemokratie einen neuen Wahlgang nicht und werde den Kampf für die Republik aufnehmen, um, wenn die letzte Hindenburgwahl eine reine Stimmungsfrage gewesen sei.

Für die DNVP sprach der Abgeordnete Lüdke. Da die Regierungsbank leer ist, beschwerte er sich über Unwesenheit des Ministerpräsidenten.

Für das Zentrum gab der Abgeordnete Seh eine kurze Erklärung ab.

Für das Zentrum sei die Lage unverändert.

Es sei es noch immer die Wiederaufrichtung der großen Koalition für das Beste, so für die einzige Lösung. Deshalb sei es ganz zwecklos sich mit den Deutschnationalen auseinanderzusetzen. Herr Lüdke habe, das solle kein Vorwurf sein, auch nur ganz alte Sachen vorbringen können. Die Situation sei eben die gleiche, wie sie in den letzten Monaten gewesen sei. Mit aller Entschiedenheit erklärte er, daß das Zentrum den alten Weg weiter gehen werde. Werde die Regierung Braun wieder sabotiert, so scheue das Zentrum die daraus entstehenden Konsequenzen nicht.

Nach Herrn Seh sprach der Führer der Deutschen Volkspartei, Abgeordneter von Campe. Er verwahrt sich gegen den Vorwurf, daß er die Schuld an der monatelangen Krise in Preußen trage und daß die Volkspartei ihre Haltung geändert habe. Seine oft zitierte Rede vom Oktober vorigen Jahres habe „nur für die Vergangenheit“ Geltung gehabt, für die Zukunft habe er sich alle Schritte vorbehalten. Er habe ausdrücklich erklärt, daß die Deutsche Volkspartei ihr Verhalten von dem Ausfall der Wahlen abhängig mache. Er sucht dann die Parteien des Volksblocks gegen das Ministerium Braun auszuspielen und schloß, die geführte Rede Brauns habe Angriffe auf Personen und Parteien enthalten, die nicht von allen Parteien des Volksblocks gebilligt werden könnten.

Abg. Hall (Dem.) gibt die folgende Erklärung ab: „Die deutsch-demokratische Fraktion billigt die Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten. Sie wird das Ministerium in der Durchführung seines Regierungsprogramms unterstützen. Die Fraktion hält damit an der von ihr immer vertretenen Politik fest, die darauf ausgeht, eine republikanische und freiheitliche Regierung in Preußen zu sichern. Nur so kann die nationale Einheit des Reiches unabekümmert gewahrt, nur so können Ordnung und Ruhe, Stetigkeit der Verwaltung gewährleistet, der soziale Frieden gefördert und die Gesundung der Wirtschaft ermöglicht werden. Die deutsch-demokratische Fraktion ist bereit, mit allen Parteien zusammenzuarbeiten, die das gleiche Ziel verfolgen. Von der Regierung erwartet sie unbeeugliche Festigkeit.“

Nachdem noch die Abgeordneten Labendarff (Wirtsch. Bg.) und Graf von Helldorf (Wirtsch.) das Ministerium abgelehnt hatten kam die zweite Reihe der Parteiredner an die Reihe.

Die zweite Rednerreihe wurde durch den Abg. Hellmann (Soz.) eröffnet, der auf die Ausschreitungen der Reichsparteien bei der Wahl zu sprechen kam. Die Verlesung eines Artikels der „Kreuzzeitung“, der Marg

persönlich berungeltigte, wurde von der Linken mit Pfui-Rufen ausgenommen während die Deutschnationalen ihre Zustimmung äußerten.

Halten Sie (nach rechts) auch für vertretbar, daß von deutschnationaler Seite Flugblätter gedruckt und verbreitet worden sind die zur Wahl Hellmanns aufzuredern? (Wärm rechts, Ruf: Judenlegende!) Die Sozialdemokratische Partei ist kirchlich durchaus neutral; sie verbietet weder Herrn Wolf Hoffmann, für den Kirchenaustritt, noch Herrn Pastor Franke, für den Kircheneintritt zu agitieren. (Lärm rechts: Warmat!)

In diese Erklärung den Namen Warmat einzuwerfen, das trägt ausgerechnet die Deutschnationale Volkspartei fertig; ein einigermaßen abgerichteter Papagei könnte das auch (große Heiterkeit und Beifall links). Die Hege gegen die Sozialdemokratie mit diesem Namen ist mehr als skandalös. Ist Warmat schuldig, so wird ihn die verdiente Strafe treffen. Aber für Herrn v. Rhetow haben die Deutschnationalen eine Ehrenerklärung abgegeben; gegen den in den Tod getriebenen ehemaligen Reichspostminister Hölle hat ihre Presse sich die niedrigsten Beschimpfungen geleistet. (Große Unruhe und fortwährende Erregung rechts.)

Hellmann geht auf Einzelfälle aus den Verhandlungen der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse näher ein und zieht u. a. ein Verzeichnis heran, das über geschäftliche Beziehungen einer Reihe deutschnationaler führender Persönlichkeiten, über zweifelhafte Gesellschaftsgründungen usw. Auskunft gibt. Bei der von den „Rettern“ und „Reinigern“ des Vaterlandes beliebten Kampfmanier müsse man zur Wehr auch in solchen Drogenfällen heruntreten.

Hoffentlich gelinge es trotz Hindenburg in diesem Jahre die Räumung von Ruhr und Köln zu erreichen, wie es bei einer Präsidentschaft Marx in wenigen Wochen der Fall gewesen wäre. (Stürmischer Widerspruch und andauernde Unruhe rechts.) Wir werden dem neuen Reichspräsidenten die Achtung zollen, die wir von Ihnen (nach rechts) für das Amt und seinen Träger vergeblich gefordert haben. (Stürmische Zustimmung links.)

Die Sozialdemokratie ist jederzeit zur Verhandlung über eine tragfähige Regierung bereit; die Auflösung drängt sich auf, wenn alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sind. Ich glaube aber, die Auflösung ist bereits unvermeidlich geworden. Der Rechtsblock braucht zur Mehrheit 50 Mandate, der Volksblock nur fünf.

Wenn Herr v. Campe die Demokratie „beschränken“ will, so wird er uns auf dem Plan finden. Auch der Arbeiterklasse darf der Weg zum Aufstieg, zur Teilnahme an der Staatsverwaltung nicht versperrt werden. Wir kämpfen für eine gerechte Justiz. Neuerdings scheint die Beugung des Rechts von gewissen Justizbeamten — ich meine den nationalsozialistischen Oberjustizrat Körner, Mitglied dieses Hauses — (große Unruhe rechts) wissentlich und bewußt betrieben zu werden. Hoffentlich wird uns das Justizministerium über diesen Fall Auskunft geben. Wir verlangen Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Gerichte. Nur der dient ehrlich dem deutschen Volke, der für die Volkserziehung und Befriedigung der Welt eintritt. — Wir werden kämpfen im Landtagswahlkampf für Republik, Demokratie und Gerechtigkeit! (Stürmischer Beifall links, Rufen rechts.)

Die Aussprache über die Regierungserklärung wird hierauf abgebrochen.

Abg. Dr. Körner (Natsoz.) erklärt „persönlich“, daß es sein gutes Recht sei, für Bekannte einzutreten!

Zum Schluß beschließt das Haus noch, den vom Zentrum geforderten Untersuchungsausschuß für den Fall Hölle aus 29 Mitgliedern zusammenzusetzen.

Donnerstag 11 Uhr: Fortsetzung der politischen Aussprache. Anträge.

Hilfsnach zur Präsidentenwahl.

Karlruhe, 28. April. Gelegentlich eines heute von der Wirtschaftlichen Vereinigung der Unternehmervereine Baden veranstalteten parlamentarischen Abends, an dem neben den Spitzen und Vertretern der badischen Wirtschaft auch die badischen Minister und eine große Anzahl von Landtagsabgeordneten teilnahmen, kam Staatspräsident Hellbach auf das Ergebnis der jüngsten Reichspräsidentenwahl zu sprechen. Er führte u. a. folgendes aus: „Als Vertreter der Demokratie bekenne ich mich zu dem Grundsatz, daß, nachdem die Nation nunmehr gesprochen hat und die Wahlkampagne beendet ist, die Wogen des politischen Kampfes zu dem Oberhaupt des Reiches nicht mehr hinausschlagen dürfen. In dem nunmehr von der Nation Ermählten gibt es nur eine Haltung: die der Überwindung. Wir begreifen

das Oberhaupt des Reiches mit aller ihm schuldigen Hochachtung und Ehrerbietung.“ Der Präsident des badischen Landtages, Zentrumabgeordneter Ministerialrat Dr. Baumgärtner, unterbrach diese Worte und sagte hinzu, es sei lediglich ein Ausfluß des demokratischen Staatsgedankens, daß wir als niemandes Wille am großen Ganzen auch weiterhin unsere volle Kraft in den Dienst des Volkes und des Vaterlandes stellen. Welchen Rednern wurde stürmischer Beifall der Versammlung zuteil.

Berlin, 30. April. Ein Rückblick von der Ernennung des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Oberregierungsrates Erich von dem Bussche zum Reichspräsidenten von Berlin wird am 1. Mai 1925.

Reichskanzler Dr. Luther zur Wirtschaftslage.

Berlin, 29. April. Nachdem gestern abend der Begrüßungsabend im Hotel Esplanade stattgefunden hatte, wurde heute vormittag 10 Uhr die 45. Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages in den Räumen des Reichswirtschaftsrates eröffnet.

Reichskanzler Dr. Luther führte aus:

Meine sehr geehrten Herren! Ich bin der freundlichen Einladung zu Ihrer heutigen Tagung besonders gern gefolgt und danke Ihnen, sehr verehrter Herr Präsident, aufrichtig für die freundlichen Begrüßungsworte. Gerade an dieser Stelle über die Bedeutung der Wirtschaft für das Gesamtleben unseres Volkes mich zu äußern und einige Gedanken auszusprechen, die mir für die weitere Gestaltung der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands von besonderer Bedeutung zu sein scheinen, ist mir Bedürfnis. Die Reichsregierung befindet sich der Wirtschaft gegenüber zur Zeit in der Lage, daß sie den einzelnen Wirtschaftlern oft mehr als hemmende und fordernde Kraft erscheint, denn als unterstützende. Das liegt in der Natur der Sache, denn in der Wirtschaft entfalten sich die Kräfte der Einzelnen, die die wirtschaftlichen Güter erzeugen, während durch das politische Leben, an dessen Spitze die Reichsregierung steht, die sonstigen Voraussetzungen des Zusammenlebens der Menschen verwirklicht werden. Ohne staatliche Sicherheit, ohne soziale Fürsorge ohne Kulturpflege ist ein Zusammenleben der Menschen nicht möglich. All das aber kostet Geld, und das Geld muß von der Wirtschaft aufgebracht werden.

Es ist nicht zu verkennen, und ich darf dies hier mit Befriedigung und Dank aussprechen, daß seit dem chaotischen Zustand der letzten Monate des Jahres 1923 Ungeheures geleistet worden ist und sich in der gesamten Wirtschaft auf der Grundlage einer stabilen Währung und der Regelung, die das Sachverständigengutachten mit sich gebracht hat, ein wesentlicher Aufbau vollzogen hat. Gleichwohl sind wir von normalen Verhältnissen noch weit entfernt. Die lebenswichtigsten Fragen für die deutsche Wirtschaft sind die der Erhaltung der Produktionsmöglichkeit und der Absatzmöglichkeit. Für die Eigenbeschäftigung der Wirtschaft stehen im Vordergrund die Fragen der Kapitalbildung, der Stärkung des Innenmarktes, damit der Stärkung der Konsumkraft aller Schichten der Bevölkerung insbesondere auch der für die Industrie als Abnehmerin so wichtigen Landwirtschaft, deren immer stärkere Intensivierung für die deutsche Gesamtwirtschaft ja von größter Bedeutung ist. Die Wirtschaft muß nach den ungesunden Zeiten der Inflation den Weg zurück zu einer sparsam und doch leistungsfähigen Fortschritt ausnützendem Führung der Geschäfte finden, wobei insbesondere der Grundsatz wieder voll zu Ehren kommen muß, daß es sich bei der Kalkulation um Pfennigbeträge handelt. Die Reichsregierung ihrerseits muß der Wirtschaft Hilfeleistung gewährleisten. Voraussetzung für alles ist, daß zwischen den Mächten der Politik und den Mächten der Wirtschaft ein Zustand gegenseitigen Vertrauens besteht. Die Wirtschaft muß sich überzeugt halten, daß die Reichsregierung ihr mögliches tut, um das, was sie von der Wirtschaft fordert, so sparsam und nutzbringend wie möglich zu verwenden, und dadurch auch die Last der Wirtschaft herabzusetzen.

Ein weiterer Gegenstand großer Sorge der gesamten Wirtschaft ist die Frage der Auswertung. Auch in dieser Frage liegen die Gesegenskräfte der Reichsregierung den gesetzgebenden Körperschaften vor, und ich hoffe, daß ihre baldige und möglichst unbeeinträchtigte Annahme der Wirtschaft die Befriedigung bringt, ohne die ein gesundes Wirtschaften nicht möglich ist.

Eine dritte große Sorge der Wirtschaft und der Reichsregierung ist die Frage der künftigen Gestaltung der Handelsbeziehungen zum Ausland. Die Dinge sind so schwierig, daß nur bei dieser Art der Behandlung einer Lösung näherzukommen werden kann. Weder mit vorgefaßten Meinungen, noch ausgehend von einseitigen Interessenansprüchen, wobei mit beiderseitiger Einstellung, noch mit abstrakten Debatten können wir hier weiter. Wir müssen versuchen, einen Mittelweg zu finden, der einen gesunden Ausgleich aller Aspekte gewährleistet. Dies ist umso notwendiger, als unsere gesamte Außenhandelspolitik beherrscht sein muß von der Notwendigkeit der Erzielung eines Exportüberschusses. Dieser Exportüberschuß ist nur zu erreichen durch Stärkung der inländischen Produktion und Befriedigung des Bedarfs an Gütern von innen.

Das ist die Aufgabe, die uns heute vorliegt. Wir werden uns bemühen, diese Aufgabe zu lösen.